

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**11. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.10.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Ingo Schaffenberg - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Christian Steen - SPD	Vertretung für: Herrn Aydin Candan
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Christoph Baldy - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Gabriele Friemer
Dr. Carsten Grohmann - CDU	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Volker Nehrhoff - CDU	Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Dr. Werner Vieler - AfD	
Dr. Marek Lengen - SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Nil Gersdorf - CDU	
Andreas Müller - Die Linke	
Gabriele Ulrich - SPD	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Dr. Axel Walther - FDP	
Verwaltung	
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	
Philipp Köhler - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit	
Christiane Rösing -	
Daniela Rummert - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit	
Julia Schiffner - Gesundheitsamt	

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	zu TOP 9.2
Ulrike Tietz - 2.530	
Manuel Hertz - FBC FB2	
Matthias Schröder - APH-Verwaltung	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	
Protokollführung	
Siglinde Justin - Soziale Sicherung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Ivonne Ristow - 2.530	
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan - SPD	- entschuldigt -
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	- entschuldigt -
Aneta Wolter - CDU	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören	
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.09.2019	
5	Mitteilung des Vorsitzenden	
6	Berichte	
6.1	AM Bruno Hönel (Bündnis 90 / Die Grünen): Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten	VO/2019/07538-01
7	Beschlussvorlagen	
8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8.1	Freie Wähler & GAL: Steig um!	VO/2019/07794
9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2	
9.1	Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte	
10	Anfragen/Antworten	
10.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Behindertenbeirat	VO/2019/08161
10.2	Anfrage AM Gregor Voht (Freie Wähler): Vergabe Beförderungsaufträge im Bereich Soziale Sicherung	VO/2019/08176
10.3	Anfrage AM Dr. Grohmann (CDU): Taxifahrten für Kinder mit Handicap	VO/2019/08206
11	Anträge von Ausschussmitgliedern	
12	Verschiedenes	
19	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg (Beauftragter für Menschen mit Behinderung), Herrn Domeyer (Seniorenbeirat), Frau Seeburger von der Stabsstelle Integration, Herrn Dr. Delius vom E-Punkt sowie die Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Baldy gem. § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die verkürzte aber dennoch ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Nachfrage von Herrn Müller erläutert Frau Schwartz die rechtliche Beurteilung des Rechtsamtes aufgrund der verkürzten Ladungsfrist.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Voht schlägt vor, TOP 9.1 vorzuziehen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennnismnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den TOP 4 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.09.2019
-------------	---

Der Vorsitzende trägt vor, dass auch die Genehmigung des Protokolls zur Sondersitzung „Krähenteich Drogentreff“ vom 17.09.2019 vertagt wird.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilten Termine für die Herbstfest in den SeniorInnen-einrichtungen.

Der Vorsitzende stellt in Aussicht, dass Frau Seeberger von der Stabsstelle Integration zu der umverteilten Dokumentation zum Lübecker Integrationsfonds in der Sitzung noch etwas berichten wird.

Der Vorsitzende berichtet von der Planung, die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.12.2019 bei der Vorwerker Diakonie in der Triftstraße stattfinden zu lassen. Er bittet dieses bereits jetzt zur Kenntnis zu nehmen und stellt in Aussicht, auch für künftige Sitzungen andere Träger bezüglich einer Räumlichkeit ansprechen zu wollen.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	AM Bruno Hönel (Bündnis 90 / Die Grünen): Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten Vorlage: VO/2019/07538-01
---------------	---

Hierzu sprechen Herr Hönel, und Herr Köhler von der Stabsstelle Integration.

Beschluss:

Antrag im Ausschuss für Soziales am 04.06.2019 von AM Bruno Hönel:

Der Senator wird aufgefordert dem Sozialausschuss bis August zu berichten,

- 1) wie die derzeitige psychosoziale Versorgung von Geflüchteten in Lübeck aussieht.
- 2) wie viele Einrichtungen in Lübeck mit der psychosozialen Versorgung Geflüchteter befasst sind und inwieweit das Gesundheitsamt der Stadt involviert ist.
- 3) welche Bereiche der psychosozialen Versorgung sich nach Meinung des Fachbereiches derzeit als kommunale Aufgabe eignen und wie diese ausgestaltet werden muss.
- 4) wie sich die Kapazitäten in Lübeck bei der Traumabehandlung geflüchteter Menschen momentan gestalten und inwiefern Angaben über die prospektive Entwicklung eben jener Kapazitäten unter Einbeziehung geschätzter Migrationsbewegungen nach Lübeck gemacht werden können.
- 5) welche besonderen Probleme der Fachbereich im Übergang von der Jugendhilfe in die Strukturen der Erwachsenenhilfe momentan sieht.
- 6) ob und wie der Fachbereich momentan daraufhinarbeitet, die Qualifikationen der hierher geflüchteten Psycholog*innen, Therapeut*innen und Sozialarbeiter*innen anzuerkennen und sie vordringlich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Kommunikation mit Geflüchteten zu erleichtern.
- 7) in welchen Bereichen es nach Meinung des Fachbereiches Verbesserungsbedarf bei der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen gibt und welche Handlungsmöglichkeiten sich diesbezüglich zur Verbesserung eignen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Beschlussvorlagen

Keine

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 8.1 Freie Wähler & GAL: Steig um! Vorlage: VO/2019/07794

Hierzu sprechen Herr Hönel und Voht.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck initiiert zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine Aktion „Steig um!“ nach Hamburger Beispiel.

In Hamburg wurden nach einem öffentlichen Bewerbungsverfahren sieben Familien ausgewählt, die für drei Monate auf ihr Auto verzichten haben. In den drei Monaten haben sie jeweils 400 Euro/Monat* erhalten, um damit öffentliche Verkehrsmittel oder Car-Sharing zu bezahlen.

Die Erfahrungsberichte der Teilnehmenden sollen anschließend ausgewertet und veröffentlicht werden. In einem Leitfaden sollen Menschen, die mit dem Gedanken spielen auf ihr Auto zu verzichten, Tipps gegeben werden.

Bei Erfolg soll die Aktion jährlich durchgeführt werden, um mehr Menschen Beispiel und Anreiz zu geben auf den eigenen Pkw zu verzichten.

Nach dem Hamburger Versuch haben sich fünf der sieben Familien entschieden, ganz auf ihr Auto zu verzichten.

***Warum gerade ein Fahrgeld von 400 Euro im Monat?**

„Dies entspricht laut Studien den durchschnittlichen Kosten für einen Mittelklassewagen im Monat (Kompaktklasse, drei Jahre alt, gebraucht gekauft). Mit allen Kosten: Steuer, Versicherung, durchschnittliche Reparaturen, Verschleiß, Sprit.“

Siehe: https://www.hamburg.de/steig-um/12116612/faq/#anker_4

[Herr Voht zieht den Antrag zurück.](#)

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

zu 9.1 Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte

Herr Senator Schindler berichtet nach Zustimmung vom anwesenden Herrn Dr. Delius,, aus einem E-Mail-Verkehr zwischen Herrn Bürgermeister Lindenau und Herrn Dr. Delius vom ePunkt.

Der Vorsitzende beantragt das Rederecht für Herrn Dr. Delius vom ePunkt.

Der Ausschuss erteilt Herrn Dr. Delius einstimmig das Wort.

Herr Dr. Delius berichtet auch von einem Gespräch mit dem Bürgermeister und begrüßt die Fortschritte. Er weist aber auch noch einmal auf die Dringlichkeit hin.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Ulrich, Herr Voht, Herr Dr. Grohmann, Frau Akyurt, Frau Bachmann, Herr Hönel, Herr Senator Schindler und Herr Schaffenberg.

Frau Bachmann bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 16.45 bis 16.52 Uhr unterbrochen.

Die Ausschussmitglieder Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Frau Akyurt, Herr Voht und Herr Schaffenberg stellen den nachfolgenden Antrag:

„Der Sozialausschuss bekräftigt den Beschluss der Bürgerschaft, ein Konzept zur Ehrenamtskoordination zur November-Sitzung 2019 dem Sozialausschuss vorzulegen. Für die Erarbeitung des Konzeptes werden der ePunkt sowie andere relevante Träger rechtzeitig eingebunden.

Für den Fall, dass der Bürgermeister aus terminlichen Gründen nicht an der Sitzung im November 2019 teilnehmen kann, wird der Vorsitzende gebeten, den Sitzungstermin den Wünschen des Bürgermeisters anzupassen oder eine Sondersitzung vor dem November 2019 einzuberufen.“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9.2 Lübecker Integrationsfonds
--

Der Vorsitzende erteilt Frau Seeberger das Wort, die aus der umverteilten Dokumentation „Lübecker Integrationsfonds – geförderte Projekte 2018/2019“ der Stabsstelle Integration berichtet.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 10 Anfragen/Antworten

**zu 10.1 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Behindertenbeirat
Vorlage: VO/2019/08161**

Herr Senator Schindler berichtet, dass nach Auffassung der Bürgermeisterkanzlei der Fachbereich 2 auch für die Wahl des Behindertenbeirates die Zuständigkeit innehat, was Senator Schindler noch einmal hinterfragen wird angesichts der aus seiner Sicht nicht vorhandenen Kompetenz und Personalkapazitäten im Fachbereich 2.

Beschluss:

1. Wie ist der Sachstand zum Thema Behindertenbeirat?
2. Welche Schritte hat die Verwaltung seit der Beschlussfassung über die Satzung des Behindertenbeirates unternommen?
3. Wie ist die geplante Terminkette der Verwaltung bis zur Wahlversammlung des Behindertenbeirates?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 10.2 Anfrage AM Gregor Voht (Freie Wähler): Vergabe Beförderungsaufträge im Bereich Soziale Sicherung
Vorlage: VO/2019/08176**

Frau Rösing beantwortet die in der Anfrage gestellten Fragen. Die Beantwortungen werden der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Müller und Herr Dr. Vieler.

Beschluss:

1. Nach welchem Verfahren vergeben Soziale Sicherung/Eingliederungshilfe und Soziale Sicherung/Behindertenhilfe ihre Aufträge für die Taxibeförderung?
2. Nach welchem Verfahren werden die Unternehmen ausgewählt, die für Fahrten angefragt werden? Wie viele Unternehmen werden jeweils angefragt?
3. Für welche Zeiträume werden Beförderungsvereinbarungen jeweils abgeschlossen?
4. Können Präferenzen der Eltern berücksichtigt werden?

5. Ist die Umstellung des Ausschreibungsverfahrens auf eine digitale Anwendung geplant - ähnlich dem transparenten Online-Ausschreibungsportal der Krankenkassen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 10.3 Anfrage AM Dr. Grohmann (CDU): Taxifahrten für Kinder mit Handicap
Vorlage: VO/2019/08206**

Frau Rösing beantwortet die in der Anfrage gestellten Fragen. Die Beantwortungen werden der Niederschrift beigelegt.

Hierzu spricht Herr Voht.

Beschluss:

Bestimmte gehandicapte Kinder werden mit dem Taxi z.B. zur Schule gefahren.

Wie werden diese Touren abgerechnet, wenn ein Kind fährt?

Wie werden diese Touren abgerechnet, wenn im selben Taxi weitere Kinder mitfahren?

Werden diese Touren nach dem Taxitarif abgerechnet?

Gibt es einen Grundpreis für das erste Kind und Aufschläge für jedes weitere Kind oder wird der Grundpreis für jedes Kind gezahlt?

Welche Unterschiede gibt es zu „normalen“ Taxitarifen?

Aus welcher Haushaltsstelle werden die Kosten erstattet (Soziale Sicherung, Behindertenhilfe)?

Wie werden diese Touren vergeben (Ausschreibung)? Immerhin gibt es Zahlreiche Taxiunternehmer in HL (Gleichbehandlung, Bestpreis).

Wie viele Kinder mit welchen Spezifika werden in HL mit dem Taxi gefahren?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

entfällt

zu 12 Verschiedenes

Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses für Soziales findet am Dienstag, den 05.11.2019 um 16.00 Uhr im Verwaltungszentrum Mühlentor statt.

Herr Müller fragt nach, warum eine Mail vom 13.09.2019 zeitlich verzögert, d.h. am 01.10.2019 an die Ausschussmitglieder weitergeleitet wurde.
Frau Timmermann berichtet, von technischen Problemen und den jetzt erst bestehenden Zugriffsrechten auf das Postfach „Sozialausschuss“.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

entfällt

Lübeck, den 3. Februar 2020

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung